

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Reichseinheit oder Zerfall? Der Kampf um die innere Zolllinie.

London, 26. Januar. (E.) Der diplomatische Mitarbeiter der „Daily Mail“ schreibt: Wichtige Beschlüsse wegen der Abschließung des Ruhrgebietes vom übrigen Deutschland werden heute ihre erste Anwendung finden. Diese Maßnahmen sind:

1. Errichtung einer Zolllinie durch Truppen und Zollbeamte an den Grenzen des Ruhrgebietes,
2. Ausweisung aller preussischen Beamten,
3. Ausgabe einer neuen Währung auf Frankostift.

Der Minister Le Trocquer, General Weygand, General De Gaulle und der Oberkommissar Lrard hielten gestern wichtige Besprechungen in Düsseldorf ab. Es wurde beschlossen, von heute morgen an alle Kohlentransporte nach Deutschland einzustellen zu lassen. Dieser Befehl wird ausnahmslos erhalten bleiben, bis die Franzosen in der Lage sein werden, ihre Kontrolle über alle Ruhr-Eisenbahnen zu reorganisieren, und bis sie ihre militärischen und Zollmaßnahmen an der östlichen Grenze des Ruhrgebietes vollendet haben. Danach werden die Zehendeckler verpfändet werden, zunächst Reparationskosten und sodann Kohle für die Rheinlande und das Ruhrgebiet zu liefern. Nur der Ueberfluß könnte an Deutschland abgegeben werden, wenn es eine hohe Kohlensteuer bezahlt. Die Franzosen wollen eine Einmischung der deutschen Regierung in den Kohlenbergbau nicht mehr zulassen. Die französische Regierung steht auf dem Standpunkt, daß sie nach der Isolierung des Ruhrgebietes die Kontrolle über den Transport leicht ausüben könne, und daß auch die Kohlenarbeiter arbeiten würden. Denn es sei unwahrscheinlich, daß sie ihre Betriebe zugrunde gehen lassen und alles verlieren würden, nur um Frankreich keine Kohle zu liefern.

Die neue Währung wird in rheinischen Franken auf der Basis des französischen Franken ausgegeben. Der diplomatische Korrespondent der „Daily Mail“ behauptet, daß dieses Geld bereits fertiggestellt sei. Mit diesem Geld würden die Bergarbeiter alle Lebensnotwendigkeiten leicht bestreiten können. Es sei wahrscheinlich, daß die Reorganisation des ganzen Ruhrgebietes einem französischen Oberkommissar übertragen werde. General Weygand wurde zwar ernannt, doch wende man sich dagegen, einen Soldaten zu ernennen. Beschlüsse würden jedoch erst nach der Rückkehr Weygands nach Paris gefaßt werden.

Soweit die französisch orientierte und zweifellos gut unterrichtete „Daily Mail“. Was sie als Absicht der französischen Regierung angibt, wird auch in der französischen Presse lebhaft erörtert. Einzelheiten mögen vielleicht noch einigen Änderungen unterliegen, der Plan selbst sieht aber zweifellos fest und ebenso muß damit gerechnet werden, daß seine Durchführung mit allen Mitteln versucht werden wird.

Was das bedeutet, darüber möge man sich im Inland und Ausland nicht täuschen. Es geht um die Zerkrümmung der deutschen Republik, um die Aufteilung Deutschlands in zwei oder drei nur noch ganz lose zusammenhängende Teile. Die deutsche Einheit hat ihre wirtschaftliche Wurzel im Deutschen Zollverein; was Frankreich plant, das wirft Deutschland zurück hinter einen Zustand, der nicht erst mit der Gründung des Kaiserreichs, sondern schon viel früher erreicht worden war. Ein Staat, der in verschiedenen Zollgebieten zerfällt, hört auf, ein einheitlicher Staat, d. h. eigentlich überhaupt noch ein Staat zu sein.

Rheinlande und Ruhrrevier sollen militärisch, politisch und wirtschaftlich unter die Macht Frankreichs gestellt werden. Zurückbleiben soll von Deutschland ein ohnmächtiger Rest, der wehrlos weiteren Invasionen ausgesetzt ist. Ob dieser Reststaat seinen Bestand und seine innere Einheit behaupten könnte, muß angesichts der bekannnten bayerischen Tendenzen bezweifelt werden. Die Gefahr des Reichszerfalls ist also in drohender Nähe gerückt.

Angesichts des heidenmütigen Widerstandes, den das arbeitende Volk an der Ruhr seinen Bedrängern leistet, besteht kein Grund, die Zukunft verloren zu geben. Aber auf die Größe der unmittelbar drohenden Gefahr muß mit aller Schärfe hingewiesen werden. Man muß wissen, woran man ist. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft hat sich stets als Vorkämpfer der Reichseinheit betätigt, weil sie weiß, daß der Zerfall Deutschlands in mehrere Teilstaaten ein Stadium reaktionärer Entwicklung von ganz unabsehbarer Tragweite darstellt. Dieser Zerfall bedeutet nicht nur eine weitere Verelendung der deutschen arbeitenden Massen in einem kaum vorstellbaren Ausmaß, er bedeutet auch die Versperzung jedes Auswegs, er bedeutet, daß Deutschland die Möglichkeit verliert, als Kraftzentrum einer demokratisch sozial vorbildlichen Entwicklung in die Welt hinaus zu wirken.

Gelingt es dem französischen Imperialismus, sein ungeheures Verbrechen zu vollenden, dann schreitet die im Osten begonnene Balkanisierung nach dem Herzen unseres Erdteils fort, die Zerrissenheit wird grenzenlos, die Schärfe der nationalen Gegensätze steigert sich zum Wahnsinn und bedroht jede sozial aufbauende Bewegung mit Unfruchtbarkeit und zeitweiligem Untergang.

Alles kommt also darauf an, ob die Absicht der französischen Regierung, mit vertragswidriger militärischer Gewalt

durch Deutschland einen neuen Zollkordon zu ziehen, gelingt oder mißlingt. Gelingt sie — dann wird der Kampf um Einheit und Freiheit nicht erlahmen, er wird aber unter hundertfältig erschwerten Bedingungen fortgesetzt werden, und niemand vermag zu sagen, durch welche Katastrophen hindurch er schließlich zum Erfolg geführt werden wird.

Die deutsche Bevölkerung an Rhein und Ruhr, die gegen den ungeheuren militärischen Machtapparat eines unbarmherzigen Gegners mit allen gewaltlosen Mitteln des moralischen Widerstands antämpft, verteidigt damit die Einheit der deutschen Republik und die friedliche Zukunft Europas. Sie hat begriffen, worum es geht, die Regierungen der Welt scheinen es aber nicht begriffen zu haben. Den leitenden Staatsmännern des in der Zuschauerrolle verharrenden Auslands scheint jedes Verständnis dafür zu fehlen, daß hier um die Zukunft der Welt ein Entscheidungskampf gekämpft wird, dessen Ausgang alle Völker, so oder so, in Mitleidenschaft ziehen muß.

Nachher werden sie, wie nach Ausbruch des Weltkriegs, alle die Hände in Unschuld waschen und keiner wird es gewollt haben. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß Europa daran ist, an seiner Unfähigkeit, seine eigenen Angelegenheiten friedlich zu ordnen, zugrunde zu gehen, und in einen Zustand zu versinken, in dem Recht gar nichts mehr, brutale Gewalt alles sein wird.

### Belagerungszustand in Trier.

Trier, 26. Januar. (W.B.) Aus Anlaß der Ausweisung einer Reihe höherer Beamter sämtlicher Verwaltungen versammelten sich im Laufe des Nachmittags in den Straßen die Einwohner zu größeren Protestzügen und zogen, patriotische Lieder singend, an den Quartieren der Besatzungstruppen vorbei. Gestern abend versagte infolge des allgemeinen Proteststreiks die Beleuchtung. Gegen 9 Uhr abends wurde der Belagerungszustand über Trier verhängt. Patrouillen der nach Trier entsandten Spahiregimenter durchzogen beritten die Stadt und versuchten die Straßen zu säubern. Dies gelang aber nicht, denn kurz nach der Auseinanderbreitung der Menge sammelten sich die Leute an der nächsten Straßenecke wieder zu neuen Protestgruppen. Gegen 11 Uhr waren die Straßen leer. Es beteiligte sich an der Kundgebung die gesamte Bevölkerung von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten.

Das Post- und Telegraphenamt ist militärisch besetzt worden. Die Beamten sind requiriert.

Kreuznach, 26. Januar. (W.B.) Gestern abend wurden Umzüge durch die Stadt veranstaltet, wobei patriotische Lieder gesungen wurden. Ueber Stadt und Bezirk Kreuznach wurde der Ausnahmezustand verhängt.

Die Wilhelm-Teil-Aufführung im Koblenzer Stadttheater wurde von der Interalliierten Rheinlandkommission verboten.

Sämtliche Aachener Zeitungen wurden für drei Tage verboten, weil sie die Entschlüsse der Behörden und Verbände veröffentlicht hatten.

Landrat v. Daun-Erler wurde verhaftet, der Aachener Regierungspräsident, sein Vertreter sowie der Rainger Polizeipräsident wurden ausgewiesen.

### Der Verwaltungskrieg.

Düsseldorf, 26. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Heute vormittag sind die Spitzen der Reichs- und Staatsbehörden im Regierungsbezirk Düsseldorf beim Regierungspräsidenten Genossen Grünher versammelt, um zur Lage Stellung zu nehmen. Sämtliche Oberbürgermeister und Landräte werden eine gemeinsame Entschlüsselung fassen, in der sie die Durchführung der von der Rheinlandkommission gegebenen Anordnungen, soweit sie von

### Dollar 24000!

#### Das Spekulantentum feiert Triumphe.

Unser Börsenmitarbeiter schreibt uns: Angesichts der deutschen Kohlen- und Erzlieferungsverträge mit dem Auslande und der französischen Vorbereitungen zur Errichtung einer Diktatur im besetzten Gebiet gewinnt die Börse den Eindruck, daß mit einem längeren wirtschaftlichen Stellungskampf im Ruhrrevier zu rechnen sei. Man ist sich darüber klar, daß unter diesen Umständen die Entwertung der Mark weiter starke Fortschritte machen müsse. Der Dollar liegt bis heute mittag bereits auf 24000!

An der Effektenbörse entwickelte sich eine beispiellose Hysterie in Montanwerten. Offenbar sind große französische und belgische Spekulationen am Werk, um alles irgendwie erreichbare Kapital in Montanwerten an sich zu ziehen. Die Kurssteigerungen bei den westdeutschen Papieren waren heute geradezu kolossal. Diese Bewegung rief natürlich die ganze übrige Börse mit nach oben. Die Industripapiere werden von der Spekulation hauptsächlich unter dem Gesichtspunkte bewertet, ob die Kohlenversorgung der betreffenden Unternehmungen durch einen eigenen Besitz von Kohlenfeldern oder durch andere Umstände gesichert ist.

der Reichsregierung als rechtswidrig bezeichnet sind und ihre Durchführung verboten wurde, ablehnen. Nach dem Pariser Geheimvertrage, sämtliche leitenden Persönlichkeiten auszuweisen, sobald sie sich weigern, den französischen und belgischen Befehlen nachzukommen, muß man annehmen, daß die Franzosen und Belgier die Entschlüsselung der Oberbürgermeister und Landräte des Regierungsbezirks Düsseldorf zum Anlaß neuer Ausweisungen nehmen werden.

### Bahnverkehr Düsseldorf stillgelegt.

#### Zugentgleisungen und Ausweisungen.

Düsseldorf, 26. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Düsseldorfer Hauptbahnhof ist heute stillgelegt worden. Die Franzosen haben das Personal aus dem Bahnhof ausgewiesen. Die Portale sind geschlossen. Die Franzosen versuchen, ihre Lebensmittel- und anderen Transporte selbst zu fahren, haben hierbei jedoch wenig Glück. Ein Zug, den sie von Hohenbubberg nach Wülheim a. d. Ruhr leiten wollten, entgleiste infolge falscher Weichenstellung. Ebenso entgleiste eine Lokomotive mit Salonwagen bei Unterbill, so daß der Betrieb zwischen Düsseldorf und Reuß gesperrt werden mußte. Der Personenverkehr konnte durch die Straßenbahn aufrechterhalten werden. In Düsseldorf-Dorandorf hielten die Franzosen heute vormittag eine schwere Lokomotive aus dem Lokomotivschuppen und fuhren sie auf die Drehscheibe. Auch diese Maschine entgleiste, so daß hier ebenfalls der Betrieb stillgelegt werden mußte.

Das Eisenbahn- und Fernsprechnetz im Düsseldorf-Bezirk kam infolge Eingriffs der Besatzung von den deutschen Behörden nicht mehr benutzt werden. In Reuß sind heute eine ganze Reihe Zollbeamter ausgewiesen worden. Ein Beamter wurde verhaftet.

### Ausdehnung des Eisenbahnerstreiks.

Essen, 26. Januar. (H.) Die Arbeit ist eingestellt auf den Bahnhöfen in Osterfeld-Süd, Horst (bei Voittrop). In Hohenbubberg wurde der Oberwächter verhaftet, ebenso sein Vertreter und verschiedene Lokomotivführer und Heizer. Aus Aachen wird gemeldet, daß auch dort die Weiterleitung von Transportzügen verweigert wird. Der Streik greift allmählich auf das linke Rheinufer über. Der Verkehr im ganzen Westen liegt daher sowohl für Personen wie für Güter fast still. Die Berliner Schnellzüge werden über Hagen und Ohlig nach Köln umgeleitet.

Der Bahnhof Dahlhausen und damit die Strecke Steble-Hattingen ist stillgelegt. Von Hattingen verkehren vorläufig noch Züge nach Hagen. Wenn die Stilllegung der Eisenbahnen für den westlichen Bezirk Oberhausen-Duisburg und Düsseldorf erfolgt, ist für diese und die dazwischen liegenden Stationen von morgen ab mit der Annahmesperre zu rechnen. Die Lebensmitteltransporte der französischen Truppen werden mit Rücksicht auf die Gefahr der Requisitionen gefahren. Heute sind keine Beschlagnahmen gemeldet. Das Telegraphenamt in Hattingen ist von den Beamten stillgelegt worden. Es wird nur ein Notbetrieb für lebenswichtige Betriebe aufrechterhalten. In Hattingen ist die Berliner Post anscheinend wegen Beschlagnahme ausgeblieben. Die Kohlenlieferung ist normal. Wegen Wagenmangel wird die Kohle nur in geringem Umfange gestürzt. Die Wagenstellung ist knapp, aber ausreichend.

Simmern (Hunsrück), 26. Januar. (W.B.) In großen Versammlungen saßen sämtliche Behörden des Kreises Simmern den Beschlüssen, die neuen Verordnungen der Rheinlandkommission nicht zu befolgen. Gestern nachmittag zwei Uhr legten die hiesigen Eisenbahner die Arbeit nieder. Der Verkehr auf dem Bahnhof ruht vollständig.

### Demonstrationen in Essen.

Essen, 26. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Anschließend an die Kundgebungen, die sich gestern nachmittag bei der Rückkehr der in Mainz Beurteilten abspielten, durchzogen nachts junge Leute unter Führung von Viedern die Straßen. Auch auf dem Hauptbahnhof kam es zu nächtlichen Kundgebungen. Zwischenfälle ereigneten sich nicht. Die Arbeiterschaft glaubt, daß die passive Resistenz eine bessere Waffe im Abwehrkampf gegen die Ruhrinvasion ist, als berartige Demonstrationen, die leicht zu Zusammenstößen von unübersehbaren Folgen führen können.

### Die Teuerung.

Essen, 26. Januar. Ueber die Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel infolge der Besetzung des Ruhrgebietes wird mitgeteilt, daß diese Verteuerung in der Zeit vom 11. bis 20. Januar 46,3 Proz. betrug. Die Preise für Fette sind dagegen sogar um 73,4 Proz. gestiegen. Vom 21. bis 24. Januar haben die Preise abermals um 25 bis 30 Proz. angezogen. Die Essener Milchversorgung, die ohnehin so unzugänglich ist, daß Kindern über zwei Jahren überhaupt keine Vollmilch verabfolgt wird, wird durch die Besetzung noch dadurch weiter beschränkt, daß die Besatzungsbehörde für die französischen Offiziere täglich 50 Blankomilchkarten verlangt. Sie hatte sogar zunächst für jeden Offizier 5 Liter Milch gefordert und ist von dieser Forderung erst auf Vorkstellungen der Stadtverwaltung auf 50 Milchcarten zurückgegangen.

## Ruhreinmark und Reparationsleistungen.

Anlässlich der Beratungen der Reparationskommission, die heute nachmittag in Paris zusammentritt, wird in Pariser Blättern behauptet, daß bei den französischen, belgischen und italienischen Delegierten die Auffassung bestünde, daß die deutsche Note vom 14. November 1922 ihre Gültigkeit verloren hätte durch die Note der Regierung Cuno vom 13. Januar 1923. Demgegenüber hören die VVN von unterrichteter Seite folgendes über die Auffassung der Reichsregierung:

Deutschland hat den Friedensvertrag nicht für aufgehoben erklärt und seine Verpflichtungen zur Reparationsleistung nicht verneint. Nur für den Zeitraum, in dem Frankreich und Belgien mit Waffengewalt sich die Reparationsleistungen in Deutschland holen wollen, hat es sich geweigert, außerdem noch freiwillige Reparationsleistungen an diese Länder zu machen. In dem Augenblick, in dem Frankreich und Belgien von der zwangswise Erfassung der Reparationsleistungen Abstand nehmen, wird Deutschland seine freiwilligen Leistungen wieder aufnehmen. Die Note der deutschen Regierung vom 14. November 1922 hat daher ihre Gültigkeit nicht verloren. Die Pläne, die von der englischen, französischen und italienischen Regierung der vom 2. bis 4. Januar d. J. in Paris tagenden Konferenz vorgelegt wurden, gehen grundsätzlich alle drei von der Notwendigkeit aus, die im Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 festgelegte Endsumme herabzusetzen und für die nächste Zeit einen Zahlungsausschub zu gewähren. Auch die Reparationskommission hat in ihrer Note vom 31. August anerkannt, daß die Lasten Deutschlands ermäßigt werden müssen. Es ist also sowohl von der Reparationskommission als auch von England, Frankreich und Italien bereits anerkannt, daß Deutschland gegenwärtig und in den nächsten Jahren die sich aus dem Londoner Zahlungsplan ergebenden Leistungen nicht machen kann. Die Reparationskommission muß daher die sich aus Artikel 234 und 251 und aus ihrer eigenen Überzeugung sich ergebenden Konsequenzen ziehen und die Verpflichtung Deutschlands schon von sich aus entsprechend der Leistungsfähigkeit Deutschlands festlegen.

## Deutscher Protest.

Anlässlich der in letzter Zeit durch die Internationalisierte Rheinlandkommission erfolgten Ausweisungen von deutschen Beamten aus dem besetzten Gebiet haben die deutschen Botschaften in Paris, London und Brüssel den dortigen Regierungen weisungsgemäß eine Note übergeben, in der gegen die Maßnahmen protestiert wird.

## Ablehnung des deutschen Moratoriums.

Paris, 26. Januar. (W.Z.) Die Agence Havas veröffentlicht folgende Meldung: Die französische Delegation bei der Reparationskommission hat heute einen Entwurf überreicht, den sie als Antwort auf das durch die deutsche Regierung am 14. November 1922 gestellte Moratoriumsgesuch vorbereitet hat. Dieser Entwurf ist von einer ergänzenden Note begleitet. Die französische Delegation hat geglaubt, ihren Entwurf so festlegen zu müssen, daß ihre Politik gegen Deutschland sichergestellt (affirmée) sei, sie hat sofort die Bedingungen genannt, die sie als notwendig erachtet, um ein Moratorium zu gewähren im Falle, daß jenseitig die Erörterung über diese Frage wieder aufgenommen werden sollte. Barthou und Delacroix als Vertreter Frankreichs und Belgiens bei der Reparationskommission sind jedoch infolge des sich immer stärker auswirkenden Widerstandes Deutschlands gegenüber den Sanktionen der Alliierten einig, daß seit dem 13. Januar, dem Tag, an dem die Reichsregierung der Kommission die Einstellung aller Sachlieferungen auf Reparationskonto notifiziert hat, die deutsche Regierung ihr Moratoriumsgesuch mit dieser Tatsache selbst hinsichtlich gemacht habe. Unter diesen Umständen überreichen morgen Barthou und Delacroix mit dem Plan die Forderung, die allgemeine Verschuldung Deutschlands gegenüber seinen Verpflichtungen auf Reparationskonto für Frankreich und Belgien festzustellen. Auf Grund des § 17 der Anlage II von Teil VIII des Versailler Vertrages werden die französischen und die belgischen Delegierten die Notifizierung dieser Verschuldungen beantragen und einfach die Aufrechterhaltung des Zahlungsplanes vom 5. Mai 1921 verlangen.

## Nachtstück.

Von Bruno Frei.

Das Glend auf der Straße ist gleichsam nackt. Die beschönigende Hülle des Raumes ist abgefallen. Zähneklappernd steht das Gespenst in der Wintertäle.

Unerbittlich graulich ist das Geseh, das jeden Tag zur Nacht werden löst. Die Menschen aber haben das schwarze Aeid der Nacht noch dunkler gefärbt. Sie haben die Obdachlosigkeit erfunden, indem sie übereingekommen sind, sich zu teilen in solche, die ein Bett haben, und solche die keines haben, weil die Natur vergessen hat, jedem ein Bett mit auf die Welt zu geben, so wie sie jedem, verschwenderischerweise, gleich zwei Hände mit auf die Lebensreise gab.

Im Wartesaal 4. Klasse des Schlesienschen Bahnhofs schlafen ein paar Burichen, sitzend, den Kopf in weitem Bogen auf den Ellbogen gestützt, die Mühe noch rückwärts verschoben. Sie lassen sich von der furchtbarsten Tafel der Eisenbahndirektion nicht stören, die den Aufenthalt im Wartesaal nur dem reisenden Publikum gestattet. Dann kommt der Bahnpostbote und verschafft dem Geseh Geltung. Eine andere Tafel warnt: „Erwerbslos! zieht nicht nach Bremen! Hofen, Fischerei und Industrie bieten keine Arbeitsmöglichkeit.“

Wir haben die Erwerbslosigkeit erfunden, weil es zu wenig Hebel auf der Welt gab ohne Erwerbslosigkeit. Nachher machen wir wieder alles gut, indem wir wohlmeinende Tafeln aufstellen: Erwerbslos, Obdachlos, Mittellos! Nicht nach Bremen, nicht in den Wartesaal, hinaus aus dem Leben! — Aber der Selbstmord ist ohne behördliche Genehmigung verboten.

Rund um den Schlesienschen Bahnhof. Im Licht der Laternen stehen zwei Polizisten. Unter dem Bahndiakt gibt es einen Aufseufz. Ein Kriegstrüppel und ein Straßenumädchen sind aneinandergeraten. Schimpfworte fallen. Einige Neugierige bleiben stehen. Schon jagt der harte Griff des „Grünen“ das Mädchen. Rede, Gegenrede, Kreischen, ein Pfiff. . . beide werden abgeführt.

In den dunklen Nebengassen huschen Schatten vorüber, verschwinden in Torböden. Anippenmuffel ertönt. Eine Wadentatler wird geöffnet. Ein Lichtstreifen fällt aufs Pflaster. Man sieht Männerpaare tanzen. Und dort gibt es Witwenball und dort Tinseltanz.

Wieder ein lärmender Verkauf. Eine noch hübsche blasse Frau mit glattegefrähtem Haar, ein Kind auf dem Arm, steht vor einem Haus, von einer immer größer werdenden Menschenansammlung umringt. „Jeden Sonnabend geht es so. Sie wissen's doch, Herr Hirschmann. . .“ — Herr Hirschmann nickt bejahend, während der Junge auf ihrem Arm zu grinsen anfängt. „Fünf Personen sind wir, die drei Kinder, er und ich. . .“ — Und ohne Aufforderung, als ob es alle wissen in ü h t e n, schreibt sie ihre Geschichte in die Nacht: er gibt ihr kein Kostgeld, vertrinkt alles, wird dann mild und zerschlägt, was ihm in die Hände kommt. Kellerei — Sanitäter — Krankenhaus. Die Arbeitsstelle geht löten. Die Frau muß alles hüßen, wird ins Gesicht geschlagen. Dann meint sie und spuckt Blut. Sie wollte schon davongehen — „Sie wissen's doch, Herr Hirschmann. . .“ — Herr Hirschmann nickt bejahend. Aber die Kinder,

## Die Mission General Weygands.

Paris, 26. Januar. (W.Z.) „Petit Parisien“ meldet, im Ministerrat vom Mittwoch sei beschlossen worden, General Weygand eine außerordentlich wichtige Mission im Ruhrgebiet zu übertragen. Er habe auch mit dem Präsidenten der Republik vor seiner Abreise gesprochen, und man hoffe, daß er nach seiner Rückkehr in der Lage sein werde, einen praktischen Plan vorzulegen, durch den die Aktionen der Besatzungsmächte zusammengefaßt und die Ausbeutung der Pfänder organisiert werden könnten. Erst dann werde man den Mann bezeichnen, der als beauftragter wirken solle, obzwar es kein Geheimnis sei, daß die Wahl des Generals Weygand für diesen Posten nicht nur in Paris, sondern auch bei den übrigen Besatzungsmächten eine gute Aufnahme finden würde.

Das „Echo de Paris“ schreibt, daß etwa acht Tage vergehen würden, bis General Weygand an Ort und Stelle den Ausbeutungsplan für das Ruhrgebiet aufgestellt haben werde. Nach diesem Plan scheint die Stellung des Oberkommissars im Ruhrgebiet gegenüber dem Oberkommandierenden General Degoutte etwa die zu sein, die ein Präzept gegenüber dem Befehlshaber eines Armeekorps einnimmt. Gewisse Schwierigkeiten, schreibt das Blatt, würde es geben, die Beziehungen des Oberkommissars in Koblenz zu bestimmen, weil in Zukunft der wichtigste Posten der französischen Politik nicht mehr am linken Rheinufer, sondern im Ruhrgebiet sei. Die Ereignisse des rechten Rheinufer würden in Zukunft die Ereignisse auf dem linken Rheinufer bestimmen. Nicht für Monate, sondern für Jahre müsse man bauen.

## Ein Sozialdemokrat verhaftet.

Essen, 26. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Geschäftsführer unseres Duisburger Parteibüros, Genosse Wilhelm Müller, wurde heute vormittag nach einem längeren Verhör durch belgische Kriminalbeamte ohne Angabe von Gründen für verhaftet erklärt und in das Landesgerichtsgebäude abgeführt. Die Verhaftung hängt wahrscheinlich mit dem Verbot der „Volksstimme“ zusammen. — Die Eisenbahner der Bezirke Duisburg-Düsseldorf und des neu besetzten Gebietes werden von heute ab Militärtransporte nicht mehr fahren.

## Umschmelzung der Arbeiter.

### Rühle Ablehnung durch den Bergarbeiterverband.

Aus Essen meldet uns ein eigener Bericht: Vor einigen Tagen erschienen im Bureau des alten Bergarbeiterverbandes in Essen zwei französische Stabs-offiziere und eröffneten dem anwesenden Gewerkschaftssekretär, daß der Generalinspektor Coste ihn zu sprechen wünsche. Der Gewerkschaftssekretär lehnte den Besuch ab. Trotzdem kam Coste zu dem Sekretär und gab die Versicherung ab, daß die französische Regierung und auch er selbst größtes Gewicht auf harmonisches Zusammenarbeiten lege. Die französische Regierung und er verbürgten sich dafür, daß den Arbeitern alles zugestanden würde, was die deutsche Gesetzgebung und die deutschen Unternehmer der Arbeiterschaft vorerhalten hätten. Voraussetzung sei die Gewißheit für ein gemeinsames Arbeiten mit den Franzosen.

Der Gewerkschaftssekretär hat die Zumutung selbstverständlich scharf abgelehnt und außerdem erklärt, die Lage der Arbeiter und Angehörigen des Saargebietes geben ihm Veranlassung, Coste keinen Glauben zu schenken. Er sei Deutscher und lasse seine Regierung nicht im Stich. Coste meinte zum Schluß, es würden sich vielleicht Situationen ergeben, in denen der Vertreter des alten Bergarbeiterverbandes Verhandlungen begrüßen würde.

### Teilstreit bei Dortmund.

Duisburg, 26. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Bergarbeiter der Zeche Westend Schacht III und IV bei Dortmund-Melberich sind heute vormittag in den Zustand getreten. Die Arbeiterschaft verlangte Auszahlung der Löhne statt Dienstag bereits am Sonnabend, was von der Direktion abgelehnt wurde. Die Kostbarbeiten werden verrichtet.

Die irische Hölle. Gestern wurden in Waterford fünf irische Rebellen hingerichtet. Die Gesamtzahl der Hingerichteten beträgt nunmehr 50.

## Die Unkosten der Ruhrbesetzung.

Paris, 26. Januar. (W.Z.) Die französische Regierung wird demnächst der Kammer einen Gesetzentwurf unterbreiten, durch den die Besatzungskosten für das Ruhrgebiet für die Monate Januar und Februar in Höhe von 45 Millionen Frank gedeckt werden sollen.

## Curzon appelliert an den Völkerbund.

Lausanne, 26. Januar. (W.Z.) Lord Curzon richtete folgenden Schreiben an den Generalsekretär des Völkerbundes:

Indem ich von dem in Artikel 11 des Völkerbundespaktes vorgesehenen Recht Gebrauch mache, bitte ich, die Aufmerksamkeit des Völkerbundes in seiner nächsten Tagung auf die Grenzstreitigkeiten zwischen den türkischen Gebieten in Kleinasien und dem Irak-Randatsgebiet zu lenken. In der Sitzung der Lausanner Konferenz vom 23. Januar habe ich öffentlich die Absicht kundgegeben, im Namen der englischen Regierung dem Völkerbund diesen Fall zu unterbreiten, da es sich um eine Frage handelt, die die internationalen Beziehungen berührt und leider auch den internationalen Frieden und das gute Einvernehmen unter den Völkern, moan der Friede abhängig ist, zu stören droht. Ich bitte, diese Frage auf die Tagesordnung der Tagung des Völkerbundesrats in Paris zu setzen, auf der der englische Vertreter sie ausführlicher darlegen wird.

Die hier von Lord Curzon erwähnten „Grenzstreitigkeiten“ beziehen sich auf die Regelung der Mosulfrage, die wegen der in diesem Gebiete liegenden Petroleumquellen, an denen die englische Regierung stark interessiert ist, den Gegenstand heftigster Kämpfe auf der Lausanner Konferenz bildet. Ist es einerseits von höchstem Interesse, daß dieser internationale Streitpunkt vor das Forum des Völkerbundes gebracht wird, so liegt andererseits die Befürchtung nahe, daß durch das Hineintragen der Mosulfrage in die Beratungen des Völkerbundesrats die kritische Lage Europas noch mehr verschärft werden wird. Unsere englischen Genossen werden sorgfältig darauf achten müssen, daß die Haltung Englands in der Ruhrfrage nicht durch Spekulationen auf die Unterstützung Frankreichs im Orient beeinträchtigt und daß die Interessen des englischen Petroleumkapitals in Kleinasien nicht etwa als Kompensationsobjekt für die Interessen der französischen Schwerindustrie im Ruhrgebiet benutzt werden.

## Scheidung der Geister!

Der Preussische Landtag fuhr in seiner heutigen Sitzung zunächst mit der dritten Beratung des Gesetzentwurfes über den Verlehr mit Grundstücken fort.

Abg. Hoffmann-Münster (Dnal.) polemisiert gegen die Ausführungen des Wohlfahrtsministers vom letzten Mittwoch.

Abg. Haas (Soz.): Die Regierung hat in der Vorlage den Gemeinden nur ein eingeschränktes Vorkaufsrecht gegeben, während das unbedingte Vorkaufsrecht gerade von der Deutschen Volkspartei gefordert war. Diese Partei hat also in vier Wochen eine volle Schwemung vollzogen. Wohlhabend haben sich die Demokraten verhalten. Der tiefere Grund war für diese beiden Parteien wohl der, auf solche Art das Gesetz überhaupt zu Fall zu bringen. Das Zentrum stimmte zunächst für das Vorkaufsrecht, dann drohte es das Vorkaufsrecht zu Fall, da zwei Drittel der Zentrumsauschussmitglieder dagegen stimmten. Was man jetzt an Bedenken und Besornissen gegen die Selbstverwaltungskörper vorbringt, steht im härtesten Gegensatz zu dem hohen Lied, das man von den gleichen Leuten hier über die Selbstverwaltung hat singen hören. Die bürgerlichen Parteien sind eben vor den Interessen des Privatbesitzes zurückgewichen. Bei diesem Gesetz haben sich die Geister geschieden: die besitzenden — die beschlossenen! Die Interessen der Allgemeinheit mußten gegenüber den Interessen der Haus- und Grundbesitzer zurücktreten. Wir aber stellen die Allgemeininteressen über die Privatinteressen und sind der Meinung, daß das gerade in der heutigen Zeit mehr denn je oberster Grundgesetz sein müßte. (Beifall bei den Soz.)

Amerikanischer Lebensmittelkredit für Europa. Die Ackerbaukommission des Senats billigte einen Gesetzesvorschlag, durch welchen den europäischen Staaten ein Kredit von 250 Millionen Dollar für den Ankauf amerikanischer Landwirtschaftsprodukte zur Verfügung gestellt werden soll.

Die kann sie doch nicht bei ihm lassen, wenn sie noch so klein sind. Und er hat auch wieder gut zu ihr geredet und sie hat ihm geglaubt. Dann aber ging es wieder los. Und nimmt kein Ende. Jetzt haben sie ihn abgeführt, weil er wieder blutigen Rabau gemacht hat in der Kneipe. Wenn sie ihn nach Hause schicken werden, wird er sie wieder schlagen. Und sie weint und das Kind heult und einer sagt: „Ja, es ist ein Sommer!“

Wie oft haben wir die Geschichte nicht schon gelesen? Wie ist sie doch langweilig und sentimental bis zum Ueberdruß! Vest sie nicht, geht weiter, es ist nichts Interessantes!

Zu denken: Ich bin ein wandernder Gost, ich komme, sehe, bin erschüttert und gehe wieder. Ich beschreibe dieses Leben, ihr lest es — jene aber leben es, ein ganzes Leben lang, tausende Tage, tausende Nächte, Hunderttausende, Millionen leben so. Und dann gibt es auch eine fogenante Kultur. Aber die ist außerhalb des Lebens, abseits, für die paar Duhenden Menschen, die dem Laster des Bücherlesens frönen. Aber doch nicht für die Menschheit! Wer wagt es, von einer Kultur der Menschheit zu sprechen — wo ist die Menschheit, die auf irgendeiner Kulturstufe steht? Die Menschheit ist nicht kultiviert, weil es eine Privatkultur für einige Aestheten gibt. Die Menschheit ist nicht gebildet, weil es einige Gelehrte gibt. Die Menschheit ist nicht reich, weil es einige Milliardäre gibt. Die Menschheit, d. h. die Masse, die ist unkultiviert, ungebildet, arm. Sie lebt, 20 Minuten mit der Untergrundbahn zu erreichen, in der Urzeit. Sie lebt im Glend.

Und das Glend ist überflüssig, ist sinnlos, ist eine Angelegenheit, der man sich im 20. Jahrhundert schon schämen könnte.

Tanzkunst aus Böhrens Tagen. Vier ehemalige Mitglieder des weiland „Kaiserlichen russischen Ballets“ — die Damen Gorewa und Bakom und die Herren Schawroff und Kirejoff — führten gestern im Deutschen Theater jene Künste vor, an denen sich die herrschende Gesellschaft des zaristischen Petersburg zu erbauen pflegte. Es sind das dieselben Künste, die überall kultiviert werden, wo latie Vangeweise, abgestumpfte Nerven und feilsche Impotenz zu Hause sind. Auch bei uns hatte man früher so etwas, seine Blütezeit war unter der Regierung des alten Wilhelm, der dem Ballett unter allen Künsten den Vorzug gab und es noch als Helbengreis nicht nur aus seiner Hofloge, sondern auch aus nächster warmer Nähe hinter den Kulissen zu genießen pflegte. Es sind Künste, die der Akrobatik näher stehen als dem, was man im modernen Europa unter Tanzkunst versteht. Man staunt über schwindelerregende Jehenwirbel und Wadentriller, über himmelhohe Bogwundersprünge und man gewinnt die tröstliche Überzeugung, daß der Mensch, wenn er sein Knochengerüst in energisches Training nimmt, am Ende in Gefekigkeit fast mit dem Regenwurm konkurrieren kann. Relativ sympathisch wirkt diese Akrobatik, wenn körperliche Gewandtheit in den Dienst volkstümlicher Tanztraditionen gestellt wird; unerträglich wird sie, sobald sie sich als Ausdruckstanz gebärdet, d. h. Seelisches zu gestalten sucht. Die in ihrer Art zweifellos vorzüglichsten Künstler vom Petersburger Ballett haben ihre Spezialität zur denkbar höchsten Vollendung entwickelt, aber ihre Kunst erweckt weder

poetische Stimmung noch diognischen Rausch, sie vermag nur Staunen und Nühte Bewunderung zu erregen. So interessant uns die künstlerischen Tendenzen und Leistungen des neuen Russlands sind — die Ueberbleibsel aus Böhrens Tagen sagen uns nichts mehr. A. E.

Dresdener Staatstheater. (Herbert Eulenberg's Leiden und Freudenspiel „Mächtiger als der Tod“.) Was man sich von diesem Werk versprochen hatte, bleibt — auch nach der Auführung! — fraglich. Sein Erfolg war gering und stark von Widerspruch bekräftigt. Und dieser Durchfall war mit großer Wahrscheinlichkeit vorherzusehen. Das Stück ist ermüdend lang — trotz starker Striche dreieinhalb Stunden, dann wie Spinnweb, gefalteten und flüchtig gearbeitet. Eine Art Kinotechnik, aber ohne Spannung und Tempo, eigentlich nur lose zusammenhängende Ausschnitte aus dem bürgerlichen Leben, viel im Krankenhaus, beim Arzt und im Gefängnis spielend. Denn die tiefere Absicht ist: zu zeigen, daß der Tod auch eine Erlösung sein kann und daß Konvention und Recht viel Unfreiheit und Unglück anrichten. So wird ein Mann vorgeführt, welcher seine krebstronke Frau oerzistet, und eine junge Frau, die ein syphilitisches Kind sich abtreibt in einer Kaskademe. Leider sind die „Hölle“, die Eulenberg vorbringt, nicht beweiskräftig für die Tendenz. Denn die Lösung der Frau ist geradezu ein Schußbeispiel davon, wie es auch in der entwideltsten Gesellschaft nie und nimmer gemacht werden darf: sie geschieht heimlich, ohne Wissen und wider Willen der Betroffnen, aus schwärmlichem Mitleid. Die Abtreibung ist medizinisch nicht recht begründet, und solche Fälle werden gegebenenfalls heute wesentlich anders behandelt als von dem idiotischen Arzt, den Eulenberg beliebt einzuführen. Die Wahrheit dürfte sein, daß Eulenberg's geistige Kraft nicht ausreicht, um einen Fragenkreis von so großer philosophischer und sozialer Bedeutung tiefbewußt und klar dramatisch zu behandeln. Das Ganze hat die Leichtfertigkeit und Verwommenheit des Dilettantismus. Darüber äußert auch die Fülle von Bekanntschaften zu Liebe, Brudersinn und Menschlichkeit nicht hinweg, die als dünne Brühe vergapft werden. Niemand widerspricht wohl solcher Festimmung (schlechthin, aber wenn sich sich sentimental und hoch epigonenhaft ungenügend, ohne den Unterton trauscher Ueberwindung aller inneren Widersprüche und Konflikte auszuschleimen, dann regt sich eine Art Gegengefühl: so billig ist das „Evangelium“ nicht!

Die Aufführung gab dem Regisseur Riesau Gelegenheit, vollkommene Beherrschung des Kostüms und aller Theaterkennzeichen zu beweisen. Hatten kann sich das Stück, das zum Teil Vangeweise erweckte, zweifellos nicht. B. Sch.

Die Aukhandlung Dr. Erwin Rosenthal. Bendlerstr. 17 hielt neu aus: Deutsche Kondemnationen von 1780—1860, darunter insbesondere Georg Billie, W. A. Robell, Karl Rothmann.

Dr. Trach bricht an seinem Vortragsabend „Arbeitersele“ (Mittwoch, 4. Februar) eine Kundnacht aus dem Bereich und Vorkämpfer von Baribel, Brügger, Engelle, Lersch, Rebold, Schönlaul, Wienreich.

Zum 10 jährigen Bestehen des Berliner Herzie-Chores findet am 30. in der Hochschule für Musik eine Aufführung des Strauß'schen Requiem's unter Leitung von Dr. Kurt Singer statt.

## Kleinkrieg im Mieteinigungsamt.

Seht wird es brenzlich. Gemütlich war es ja nie in jenen Räumen, die das schöne Wort „Einigung“ in die Firma aufgenommen haben. Viele gingen noch ungeliebter hinaus, als sie gekommen waren. Heute ist das Mieteinigungsamt ein Kampfplatz geworden, auf dem die erregten Leidenschaftlichen mit scharfen Worten, nicht selten mit Insulten und drohend erhobenen Fäusten aufeinanderprallen. „Es ist doch nun einmal Krieg zwischen den beiden großen Parteien“, sagt schmalzig und beschwichtigend der Vorsitzende. „Ganz recht“, erwidert der Vertreter der Mieter, „aber wir Mieter haben keine Lust, die gesamten Kriegskosten zu zahlen.“ Das ist typisch für die Situation. Es ist Kleinkrieg mehr denn je um das liebe Geld. Viele Hauswirte, namentlich die früheren kleinen Hausrentner, die mit dem in das Haus hineingesteckten geringen Kapital, nur Besitzer der Schornsteine, nur Bewalter des Baulapitals waren, sind durch die Zeitenwandelung zu irgendeiner bescheidenen Arbeit gezwungen worden und tanzten nicht auf Rosen, aber auch den Mietern mit ihrer ungleich größeren Zahl von Sozialrentnern, Erwerbslosen und Hungerleibern wachsen die Verhältnisse über den Kopf. In wie wenigen Häusern versteht es der Hauswirt, sich ohne das „Beruneigungsamt“ zu einigen! Das ist entschieden vorzuziehen, wenn man weiß, welche Unlauge von Zeit, Geld, Ärger und Nervenkraft die Verhandlungen vor dem Mieteinigungsamt beanspruchen. Die Baga- tellen, die früher zu Hunderttausenden als Beleidigungsklagen die Schöffengerichte so ungeheuer belasteten, sind heutzutage als Geldstreit auf die Mieteinigungsämter abgewälzt. Noch nicht ein Fünftel der Klageanträge geht von den Mietern aus. Der Schrecken aller Mieteinigungsämter sind jene Hauswirte, die sich zu streitbaren Stammgästen herausgebildet haben und bei kaum einem Verhandlungstage auf dem Terminzeitel fehlen. Es hat sich eben, weil in Ostpreußen bekanntlich die Gemütlichkeit aufhört, auch hier schon gar nicht wenig von dem entwickelt, was man in der Gerichtssprache als Querulantenwahn bezeichnet. Mit mehr Einsicht, mehr gutem Willen und sozialem Entgegenkommen könnte sehr viel Freundschaft, die heute in fast allen Häusern in Reinkultur gepflegt wird, vermieden werden. Ersichtlich ist auch bei Hausbesitzern nach die Unkenntnis der Gesetzeslage, hinter der oft bedenklich die Willenspropherei und Sotologie hervorlugt. Eins freilich beider Streitparteien zur Entschuldigend. „Mit höchstem Bedenken kann ich keine guten Stiefel bauen“, sagte in öffentlicher Volksversammlung ein Mieteinigungsamtsvorsitzender. „Nichtig! Mehr Sorgfalt und technische Sauberkeit beim Erlaß von Ausführungsbestimmungen, weniger Verschwendung und weniger Anlaß zum Auslegen und Unterlegen ist dringend zu wünschen.“

## Was in München so üblich ist!

### Heiratschwindeln eines falschen Bankbeamten.

Einem jungen Heiratschwindler, mit dem sich die Kriminalbehörden noch weiter zu beschäftigen haben werden, sind diese Berliner Mädchen ins Gera gegangen, weil der Schwindler es verstanden hat, den jungen Mädchen das Vorhandensein einer ihm angeblich gehörenden, vollständig möblierten 4-Zimmer-Wohnung vorzuspielen.

Als Bankbeamter Raifer aus München näherte sich der Betreffende seinen Opfern, erzählte ihnen, daß er in der Harstadt bei der Deutschen Bank angestellt sei und eine 4-Zimmer-Wohnung habe. Diese habe er bekommen, als er im Begriff war, sich ein eigenes Heim zu gründen. Leider sei ihm seine heißgeliebte Braut gestorben. Die Tränen traten ihm in die Augen, wenn er davon sprach. Jetzt aber sei er des Alleinseins müde und bemüht, wie er sagte, seinen Urlaub in Berlin, um sich nach einer anderen Lebensgefährtin umzusehen. Junge Mädchen, die ihn gern durchs Leben begleiten wollten, fand er um so mehr, als er ja über eine schöne Wohnung verfügte. Wenn alles geregelt war, mußte der „Bankbeamte“ abreisen, weil sein Urlaub zu Ende sei. Bevor er aber abreiste, bat er um ein Unterpfand der Treue. Das sei in München beim Abschied so üblich. Die Braut pflegt dort dem Bräutigam als Sicherheit für ihr Wiedersehen ihre Schmuckstücke zu geben, der Bräutigam dagegen ihr das Viehste, was er habe. Das war nun bei ihm stets eine Photographie, wie er sagte, das Bild seiner heißgeliebten verstorbenen Braut. Der Bräutigam versprach, zu einer bestimmten Zeit recht bald wiederkommen, und zu der vereinbarten Stunde wollte man sich im Café Astoria wieder treffen. Dort erschienen im Laufe der Zeit auch eine ganze Reihe von Mädchen, die sich nach vergeblichem Warten angelegentlich nach Herrn Raifer aus München erkundigten, aber stets ohne Erfolg. Die übereinstimmende Beschreibung des Schwindlers, besonders auch seine bayerische Mundart, führte die Kriminalpolizei auf keine Spur, und es gelang ihr, ihn festzunehmen. Er entpuppte sich als ein Paul Rekkite aus München, der aber nicht Bankbeamter, sondern Metzger bei Bierkutschern war. Bei dem Verhafteten fand man nun eine Stadtbahnfahrkarte auf den Namen Stell. Wie festgestellt wurde, gehörte diese einem Beamten, der verschleppt und ausgeblendet worden war. Bei Rekkite fand man nicht nur die Bahnkarte, sondern er trug auch noch den Schal des Verurteilten. Er suchte sich damit herauszureden, daß er die Karte und den Schal mit anderen Sachen aus dem Unbalter Bahnhof von einem Unbekannten gekauft habe. Betrogene Mädchen, die noch keine Anzeige gemacht haben, und alle anderen, die über Rekkite weitere Auskunft geben können, werden ersucht, sich umgehend bei Kriminalkommissar Bächter im Zimmer 302a des Polizeipräsidiums zu melden.

### Die „billige“ Hoch- und Untergrundbahn.

Auch die Hoch- und Untergrundbahngesellschaft weiß sich mit der fortschreitenden Geldentwertung selbstverständlich nur dadurch abzufinden, daß sie die Fahrpreise immer weiter erhöht. Ab 29. Januar (Montag) kostet in der 3. (bzw. 2.) Klasse eine Fahrt bis zur 5. Station 60 (80) M., 10 Fahrten 570 (760) M., eine Fahrt auf der ganzen Strecke 80 (100) M., 10 Fahrten 760 (950) M. Die alten Karten gelten noch bis 31. Januar ohne Nachzahlung. Jetzt werden auch die Preise der Wochenkarten bekannt, die ab 29. Januar gelten. Leider stellt es sich heraus, daß für die Benutzer der Gewinn nur sehr mäßig ist. Die Karten gelten für die ganze Strecke und kosten in der 3. (bzw. 2.) Klasse 850 (1080) M. für wochentäglich je zwei Fahrten, also durchschnittlich pro Fahrt rund 70 (90) M. Gegenüber dem Karten- bodenpreis ist der Vorteil bei der Wochenkarte so gering, daß man schon durch Ausfall einer einzigen Fahrt einen Verlust hat. Warum werden Übereignen nicht auch für die 5-Stationen-Strecken Wochenkarten ausgegeben?

### Die Affäre Graf Pfeil.

Die Affäre Graf Pfeil, die seit Jahren die Öffentlichkeit beschäftigt, kommt immer noch nicht zur Ruhe. Gestern stand Graf Pfeil wiederum vor der Strafkammer des Landgerichts III unter Anklage der Körperverletzung, bezogen an seiner geschiedenen Gattin, der jetzigen Baronin v. Romer. Nach der Scheidung hatte Frau v. Romer die Herausgabe ihrer Möbel bewirkt und diese aus Oronburg, während ihr Mann im Felde war, nach Berlin überführen lassen. Nach der Rückkehr aus dem Felde vermißte Graf Pfeil verschiedene Sachen, die ihm gehören und bewirkte beim Gericht eine einstweilige Verfügung, durch die er berechtigt war, die Sachen, die ihm gehören, in der Wohnung festzustellen. Als er am 19. März 1919 in der Wohnung erschien, kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung. Seine frühere Frau behauptete, daß sie von ihrem früheren Mann geschlagen, zu Boden geworfen und mit den Füßen gestochen worden sei. Sie

brachte ärztliche Atteste bei und stellte Strafantrag. Graf Pfeil hatte bestritten, tödlich gewesen zu sein, er habe nur seine frühere Frau zurückgerissen, als sie zum Fenster hinaus um Hilfe rufen wollte, um dadurch einen Menschenauflauf zu bewirken. Das Schöffengericht Charlottenburg hatte ihn wegen Körperverletzung zu einer Geldstrafe von 500 M. verurteilt. Gegen dieses Urteil war von beiden Seiten Berufung eingelegt worden. Im übrigen ist Frau v. R. während des Krieges längere Zeit als Geisteskrank in der Irrenanstalt Dalldorf gewesen und von dem Medizinalkollegium für geistesgestört erklärt worden. In der Verhandlung bemühte sich der Vorsitzende, einen Vergleich zwischen den Parteien herbeizuführen. Schließlich erklärte Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld, daß die Nebenklägerin sich Bedenkzeit ausbitte, so daß die Verhandlung ausgesetzt werden mußte.

### Der Zuckerpreis im Kleinhandel.

Wie die Zuckerkontrollstelle Groß-Berlin bekanntgibt, kann der Zuckerpreis im Kleinverkauf aus verschiedenen Gründen, insbesondere wegen der Unterschiede in den Frachtkosten und Druckschwächen, nicht einheitlich gestaltet werden. Der Basispreis aus Raffinerie Roggeburg beträgt für die zweite Januarlieferung 26 000 M. pro 50 Kilogramm, so daß unter Zugrundelegung der Januarfrachten und der zugebilligten Groß- und Kleinhandelszuschläge sich ein Kleinverkaufspreis von ca. 350 bis 360 M. je Pfund ergeben würde.

## An unsere Postbezieher!

Der heute beiliegende Nummer von „Volk und Zeit“ haben wir wiederum eine Zahlkarte für die Nachzahlung des Differenzbetrages zwischen Post- und wirklichem Bezugspreis beigelegt. Obgleich jetzt der Monatsbezug eingeführt ist, müssen wir doch den Postbezugspreis seit einem Monat vor Beginn der Lieferzeit festsetzen. Durch die täglich sich steigenden Herstellungskosten ist bei Beginn der Lieferzeit erklärlicherweise der bei der Post angemeldete Abonnementspreis durch die Wirklichkeit längst überholt. So waren wir auch in diesem Monat gezwungen, den wirklichen Bezugspreis auf 1600 M. festzusetzen, während bei der Post Anfang Dezember 1400 M. für Monat Januar angemeldet war. Wir bitten unsere Postbezieher unter Berücksichtigung der schweren Lage der Presse, die restlichen 200 M. mittels der beiliegenden Zahlkarte unterm Postcheckkonto zu überweisen.

### Vorwärts-Verlag GmbH, Lindenstraße 3

### Milderung in der neuen Polizeistunde-Verordnung.

Den Bemühungen der Berliner Gastwirtorganisationen ist es gelungen, eine Milderung in den neuen Bestimmungen über die Schließstunde zu erreichen. Das Berliner Polizeipräsidium hat eine Verfügung erlassen, wonach die Polizeistunde zunächst für morgen (Sonntag) und Sonntag auf 12 Uhr verlängert wurde. Am heutigen Nachmittag findet eine nochmalige Besprechung der an der Angelegenheit interessierten Behörden und Organisationen statt, da es sich herausgestellt hat, daß die gegenwärtigen Bestimmungen zu schweren Schädigungen des Berliner Gastwirtsberufes führen müssen. Das Tanzverbot bleibt bestehen.

Die nächste ordentliche Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag fällt mit Rücksicht auf den kommunistischen Parteitag aus. In der außerordentlichen Sitzung am Dienstag abend 7 Uhr sollen dafür neben dem Dringlich über die Müllbeseitigung die noch unerledigt gebliebenen Vorlagen beraten werden.

Zu dem Raubmord an dem Amerikaner Nowak wird mitgeteilt, daß der verhaftete Norman Jellin und seine Geliebte Mariea Marianski gestern dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden sind, nachdem die Kriminalpolizei die Ermittlungen gegen diese beiden abgeschlossen hat. Ihre Verteidigung haben die Rechtsanwälte Bahn und Dr. Frey übernommen. Der Chemiker Ewald Müller und seine Geliebte Margarete Grieser sind noch flüchtig. Ausschreibungen zu ihrer Ermittlung mit ihren Bildern sind nunmehr auch überall in Umlauf verbreitet worden. Müller soll früher in Brüssel ein chemisches Laboratorium betrieben haben. Als Chemiker mußte er die Wirkung des Kokain genau kennen. Es ist festgestellt worden, daß das Gift, das Nowak bereits in der Regina-Diele in den Koffee gemischt wurde, einen Menschen zu töten.

Eine Sonderverstellung zugunsten der Ruhrarbeiter findet am Sonntag, den 27. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Zirkus Dux statt. Die Gesamteinnahme ohne jeden Abzug soll, wie die Direktion schreibt, den mutigen Arbeitern, die so mannhaft für ihren aufstehenden Führer eintreten, zufließen.

Der Deutsche Republikanische Reichsbund veranlaßt am Sonntag, den 28. Januar, vormittags 11 Uhr, im Zirkus Dux eine Kundgebung, die sich zu einem Vorkenntnis zur Reichseinheit, zur Ruhrbedürftigung und zur Republik gestalten soll.

### Wetter für morgen.

Berlin und Umgebend. Ein wenig kühler, zeitweise etwas auflockernd, aber überwiegend trübe bei kalten westlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge.

### Devisenkurse.

	26. Januar		25. Januar	
	Käufer- (Gold-) Kurs	Verkäufer- (Silber-) Kurs	Käufer- (Gold-) Kurs	Verkäufer- (Silber-) Kurs
1 holländischer Gulden	9177.—	9223.—	8455.81	8496.19
1 argentinische Papier-Peso	8578.50	8621.50	7905.18	7944.82
1 belgischer Franc	1646.02	1653.38	1251.80	1258.14
1 norwegische Krone	4899.—	4411.—	3980.02	3999.98
1 dänische Krone	4588.51	4611.50	4174.58	4195.47
1 schwedische Krone	6184.50	6215.50	5736.62	5764.98
1 finnische Mark	563.58	546.49	532.68	535.84
1 japanischer Yen	10972.50	11027.50	10483.77	10516.23
1 italienische Lire	1167.22	1112.78	1089.80	1045.11
1 Pfund Sterling	108224.75	103771.25	99500.62	99999.88
1 Dollar	23191.87	23308.13	21546.—	21654.—
1 französischer Franc	1486.27	1403.78	1386.52	1393.48
1 brasilianischer Milreis	2603.47	2610.58	2446.86	2459.64
1 Schweizer Franc	4814.18	4833.82	4019.92	4040.08
1 spanische Pesta	8615.53	8634.07	8368.56	8383.44
100 österr. Kronen (abgest.)	—	—	29.42	29.58
1 tibetische Krone	—	—	601.49	604.51
1 ungarische Krone	—	—	8.14	8.20
1 bulgarische Lema	—	—	183.68	164.84
1 jugoslawischer Dinar	—	—	189.52	190.48

# Gewerkschaftsbewegung

## Kommunistische Annäherung.

Wie weit es mit der kommunistischen Annäherung, die Gewerkschaften unter ihre Parteiflagge zu bringen, gekommen ist, bemerkt ein Schreiben, das dem Geschäftsführer Schwarz, einem Kommunisten, der Zentralstelle Speyer des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands zugegangen ist und in dem es heißt:

Der Aktionsausschuß unserer hiesigen Ortsgruppe hat in der Sitzung vom 27. d. M. unter Hinzuziehung eines Vertreters der Bezirksleitung Pfalz über die Verhältnisse in der hiesigen Ortsverwaltung des Fabrikarbeiterverbandes Stellung genommen. Die äußerst gründlich geführte Debatte ergab die volle Verurteilung der von unseren Genossen in der Ortsverwaltung des Fabrikarbeiterverbandes geleisteten Arbeit, da sich diese nicht im Rahmen oppositioneller Gewerkschaftsarbeit bewegte. Insbesondere war es die Tätigkeit des Genossen Schwarz, die nicht scharf genug getadelt und verworfen werden konnte. Die damalige Wahl des Genossen Schwarz als Geschäftsführer war dem Vorschlag unserer Fraktion im Fabrikarbeiterverband zuzuschreiben. Die Ortsverwaltung hatte also an der Revolutionierung des Fabrikarbeiterverbandes mitzuwirken, wenn anders sie nicht enttäuschen sollte. Leider erwies sich die in die Person des Genossen Schwarz gesetzten Hoffnungen in jeder Beziehung als nicht zutreffend. Durch die Haltung des Genossen Schwarz ist die ganze Revolutionierungsabsicht bis weit in die Kreise anderer Verbände in Mißkredit gebracht worden und die Partei in schwerer Bedrängnis geraten. Arbeiter aller Parteien und sonstigen Vereinigungen sprechen sich unseren Vertrauensleuten gegenüber in größter Entrüstung über die Haltung des hiesigen Fabrikarbeiterverbandes im verlorenen Streit in der Anilin aus und verlangen von ihnen schnellste Abstellung. Um weiteren Enttäuerungen des Verbandes sowohl als der Partei vorzubeugen, hat der Aktionsausschuß nun den einstimmigen Beschluß gefaßt, den Genossen Schwarz wegen nachgewiesener Unfähigkeit von der ihm seinerzeit übertragenen Stelle des Geschäftsführers im Fabrikarbeiterverbande zurückzuberufen. Der unterzeichnete Genosse ist angewiesen, dem Genossen Schwarz davon Mitteilung zu machen und etwa gewünschte nähere Erläuterungen zu geben.

Der Brief zeigt mit erzieherischer Deutlichkeit, in welcher Weise die Kommunisten die „Revolutionierung der Gewerkschaften“ betreiben. Die letzteren sollen lediglich Organe der kommunistischen Partei sein, und die Gewerkschaftsangehörigen und die Funktionäre dürfen nur im Sinne dieser Partei handeln. Ein beliebiger „Aktionsausschuß“ von ein paar Männern bestimmt, wer Angestellter sein soll, und wenn die Mehrzahl der Mitglieder einer Zahlstelle durch Stimmenabgabe einen solchen Kandidaten wählt und dieser Gewählte dann im Interesse der Gewerkschaft tätig ist, Statut und Verbandsbeschlüsse innehält, dann wird der Betreffende „zurückberufen“. Höher kann die kommunistische Unverschämtheit kaum gehen.

Dieser Brief zeigt aber von neuem, daß es so wie bisher nicht weitergehen kann. Es muß ein scharfer Strich gezogen werden zwischen den Elementen, die nur darauf ausgehen, die Gewerkschaften unter die Diktatur der kommunistischen Partei zu stellen. Viel zu lange haben die Gewerkschaftsleitungen dem Treiben der kommunistischen Zellenbauer zugegesehen.

### Lohnerhöhung für Reichs- und Staatsarbeiter.

Die Verhandlungen über eine weitere Erhöhung der Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter, die gestern nachmittags begannen, haben folgendes Ergebnis gebracht: Der bisherige Lohn der Bahngruppe I erhöht sich um 94 M., II um 92 M., III um 83 M., IV 88 M., V 87 M., VI 86 M., VII 85 M. Die Frauenzulage von bisher 24 M. pro Stunde erhöht sich auf 34 M., der Kinderzuschlag von bisher 25 M. auf 32 M. pro Stunde. Die Spanne zwischen den einzelnen Ortsklassen beträgt 9 M. für Männliche und 6 M. für Weibliche. Diese Zulagen treten mit dem 16. Januar in Kraft. Daraus ergeben sich ab 16. Januar folgende Stundenlöhne in Ortsklasse A: I 473 M., II 461 M., III 449 M., IV 437 M., V 430 M., VI 425 M., VII 420 M.

### Zu den Tarifabschlüssen in der Landwirtschaft.

Die Reichsarbeitsgemeinschaft land- und forstwirtschaftlicher Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen nahm in ihrer Sitzung am 25. Januar eine Entschließung an, deren erster Teil sich gegen die allem Völkerrrecht hohnsprechende Befestigung des Ruhrreviers mit ihren unabsehbaren Folgen wendet und im zweiten Teil sagt: „Daher richtet der Vorstand der Reichsarbeitsgemeinschaft der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen das Ersuchen an die Arbeitgeber- und Arbeitnehmer im Reich, alles zu tun, um die Tarifverhandlungen möglichst bald zum Abschluß zu bringen und das gemeinsame Zusammenarbeiten zu fördern. Es ist dies ganz besonders dringend geboten, damit in dieser schweren Zeit des Vaterlandes die Frühjahrsbestellung wie überhaupt die landwirtschaftliche Produktion gesichert wird.“

### Der Geist von Potsdam.

Auf ein Schreiben an die Betriebsleitung der Deutschen Kleinmotoren- und Fahrzeugwerke A.G. in Potsdam, Neue Königsstraße 49, ist der Verwaltungsstelle Romawes-Potsdam des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ein Antwortschreiben zugegangen, in dem es heißt:

„Einer Unterbreitung dieser Angelegenheit dem behördlichen Schlichtungsausschuß in Potsdam sehen wir mit der größten Ruhe entgegen; werden jedoch nicht verfehlen, die geeigneten Schritte unsererseits bei den maßgebenden Stellen zu unternehmen.“

Jedenfalls verdienen wir uns ein für allemal ganz energisch, daß Sie sich in unsere eigenen und privaten Angelegenheiten mischen, wozu jede technisch juristische Berechnung fehlt.“

Aus genannten Gründen erbringt sich irgendeine Besprechung unsererseits mit einem Ihrer Bevollmächtigten.“

„Mit dem „in größter Ruhe entgegengekommen“ scheint es nicht weit her zu sein, ansonsten der Herr Betriebsleiter keine Ursache hätte, vor der Abfassung seines Geistesproduktes sich bei allen möglichen Behörden Rat zu holen. Stundenlöhne von 51 bis 110 M. für Arbeiter und von 36 bis 75 M. für Arbeiterinnen in der gegenwärtigen Zeit sind eine Verhöhnung und Provokation der Arbeiterkraft und der öffentlichen Meinung. Das ist besonders der Fall, weil es sich in diesem Betrieb um besonders gesundheitsgefährliche Metallschleif- und Goldanfertigungsarbeiten handelt. Trotz dieser hochtörenden, im übrigen aber wenig belegenden Antwort wird sich die Organisation der Arbeiter, auch ohne den Herrn Betriebsleiter um Erlaubnis gestreift zu haben, zur Pflicht machen, für eine den übrigen Gruppen innerhalb der Potsdamer Metallindustrie gleichartige Entschloßung, die wirklich nicht als an der Spitze stehend bezeichnet werden kann, in dem besagten Betriebe zu wirken. Der Arbeiterkraft rufen wir zu: Weidet derartige Betriebe so lange, bis menschenwürdige Verhältnisse, die nur mit Hilfe der Organisation geschaffen werden können, eingeführt sind, und organisiert euch.“

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Filiale Berlin. Die seitens Bahnverhandlungen für die Metallindustrie finden am Montag in Mannheim statt. Bis in die Provinz. Deutscher Metallarbeiter-Verband organisiert Betriebskassen wird den Verhandlungsergebnis für Berlin in der am Dienstag abend 6 Uhr im Landhaus Hof, Ludowikstraße 15, stattfindenden Versammlung, welche einberufen ist, um die Wahl der Branchenvorstellung und die Wahl der Delegierten zur städtischen Generalversammlung vorzunehmen, bekanntzugeben.

Erntemerkmal für den redest. Teil: Viktor Schiff. Berlin: für Anzeigen: Dr. Gleditsch, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 4

